

Bundespräsidialamt, Schloss Bellevue, Berlin
z. H. Herrn Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

Ihre statements zur Gesprächsreihe „30 Jahre Friedliche Revolution“ am 25. Oktober 2019
„Das Herzstück der Demokratie“ und:
„Gesprächsverhinderungen“ und „andere zum Schweigen bringen“

28. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,

haben Sie vielen Dank für Ihre deutlichen Worte anlässlich der Veranstaltung „30 Jahre Friedliche Revolution“ vom 25.10.2019 zur herrschenden Gesprächskultur in Deutschland.

Darin werben Sie für eine *„schonungslos ehrliche, aber respektvolle Auseinandersetzung in der Gesellschaft“* und formulieren: *„Der offene Streit – selbstverständlich im Respekt für den jeweils anderen – das ist etwas, was wir uns gegenseitig zumuten müssen.“* Das sei *„das Herzstück der Demokratie“*. Zur Demokratie gehöre *„die Beteiligung am Streit, nicht dessen Verhinderung.“*

Ihre Formulierungen bezogen sich eher allgemein auf jüngst erfahrbare Auseinandersetzungen zwischen vermeintlich „linken“ oder „rechten“ politischen Gruppierungen bzw. dem politischen „mainstream“ und einer neuen Partei bzw. deren vermeintliches Umfeld.

Mit Ihrer Mahnung haben Sie Recht.

Was in der politischen Analyse jedoch durchwegs – auch in Ihren Ausführungen – untergeht, ist der herrschende „Nicht-Dialog“, sind die „Gesprächsverhinderungen“ durch die Parteien der „demokratischen Mitte“ (aktuelle Selbstbezeichnung), also von CDU/CSU, SPD, GRÜNE, Linke, FDP. Das gilt insbesondere, wenn es um die Anliegen von Männern (und Vätern) geht. Deren Anliegen und Bedürfnisse finden sich in den Parteiprogrammen nicht wieder.

Grenzwertig zeigen sich insbesondere die SPD- und Frauen-geführten Bundesministerien für Familie (BMFSFJ) und der Justiz (BMJV), die Männer und Väter pauschal ausgrenzen. Beide Ministerien

- verweigern Gespräche mit authentischen Männerverbänden
- verweigern Gespräche mit authentischen Väterverbänden

Mehr noch, die SPD-Bundesministerinnen *Franziska Giffey* und *Christine Lambrecht* versuchen,

- Männer und Väter und ihre Anliegen unsichtbar zu machen

Diese Intentionen widersprechen Ihrer Forderung *"Der offene Streit – selbstverständlich im Respekt für den jeweils anderen – das ist etwas, was wir uns gegenseitig zumuten müssen."* Das sei „das Herzstück der Demokratie“. Zur Demokratie gehöre „die Beteiligung am Streit, nicht dessen Verhinderung“. (Zitate 30 Jahre Friedliche Revolution, 25.10.2019)

Die skandalöse performance der SPD-geführten Bundesministerien lässt sich u.a. daran ablesen, dass

- im **BMFSFJ** keine Zuständigkeiten für Männer und Väter existieren
- durch das **BMFSFJ** alleine Frauen- und Mütterverbände mit Millionen-Beträgen jährlich subventioniert werden bei gleichzeitiger Verweigerung der Förderung von Männerverbänden.
- das **BMFSFJ** Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt ausschließlich für weibliche Opfer vorhält. Männlichen Opfern wird bereits die statistische Erfassung verweigert.
- das **BMFSFJ** bis Ende 2018 getrennt erziehende Väter öffentlich und wiederholt pauschal als „Unterhaltspreller“ diffamierte. Nach Nachweis des Gegenteils in 2019 unterlässt Frau Giffey die fällige öffentliche Entschuldigung.
- **BMin Giffey** sich ausschließlich mit Vertreterinnen von Frauenorganisation zum Dialog trifft und Männerverbänden diesen verweigert.
- das **BMJV** 2016 einen AK „Abstammungsrecht“ einsetzte zur Erarbeitung von Vorschlägen u.a. zur zeitgemäßen Definition von Vaterschaft. Väterverbände waren nicht geladen.
- das **BMJV** 2018 eine Evaluation des FamFG, der gesetzlichen Regelungen in Scheidungsverfahren, durchführte mit 400 Gesprächspartnern – allesamt Anwälte oder Richter. Betroffenenverbände – Mütter- und Väterverbände – waren nicht geladen.
- das **BMJV** von 2017 bis 2019 2 AKs zur Neuregelung des Familienrechts einsetzte – jeweils ohne die Teilnahme von Väterverbänden.
- das **BMJV** ein eigenes Referat I A 6 „Frauenpolitik“ vorhält. Dabei definiert sich Justiz per se als agierend ohne Ansehen der Person und ihrer Eigenschaften. -> Justitia wird als Symbol nicht umsonst mit einer Augenbinde dargestellt.
- **BMin Lambrecht** sich ausschließlich mit Vertreterinnen von Frauenorganisation zum Dialog trifft und Männerverbänden diesen verweigert.

Gleichzeitig besteht intensiver Austausch der SPD-geführten Bundesministerien mit: *Deutscher Juristinnenbund (djb)*, *Deutscher Frauenrat (FR)*, *Verband der Alleinerziehenden Mütter (VAMV)*, *i.d.a* usf... Der Zynismus zeigt sich auch darin, dass vorstehend aufgeführte Verbände aus dem BMFSFJ Millionenbeträge erhalten – jährlich.

Als Kontrapunkt zu dieser Faktenlage stelle ich Ihre Aussage vom 25.10.2019:

"Aber andere zum Schweigen bringen zu wollen, nur weil sie das eigene Weltbild irritieren, ist nicht akzeptabel",

Ich schließe mich gerne Ihrer Forderung an, geäußert in Ihrer Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung „Diskussion zur politischen Streitkultur“ am 17. Oktober:

„Wir müssen neue, mutige, zeitgemäße Formen und Formate finden.“

„Lassen wir uns inspirieren vom Vorbild der Runden Tische, an denen voller Leidenschaft, aber auch unideologisch, offen und pragmatisch Politik gemacht wurde.“

„Es ist Zeit für neue Runde Tische in diesem Land. Nicht zur Vermeidung von Streit, sondern zum Gelingen des Streits.“

Sowohl BMFSFJ als auch BMJV verweigern bisher diese „**Runden Tische**“.

Die Bevölkerung und die Wählerschaft warten jedoch darauf...

Ich bedanke mich für Ihr Verständnis und verbleibe in Erwartung einer couragierten diesbezüglichen Stellungnahme von Ihrer Seite.

Alternativ dazu wäre eine Einladung der *Interessengemeinschaft Jungen Männer und Väter* (IG-JMV) in das Bundespräsidialamt zum persönlichen Austausch vertrauensbildend und friedensstiftend.

Ich bedanke mich und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Gerd Riedmeier

1. Vorsitzender

FSI – Forum Soziale Inklusion e.V.

Sprecher der

Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV)

www.ig-jungen-maenner-vaeter.de